

# Bericht aus dem Bundestag

Bernd Westphal, MdB

3/ Feb. 2014



## Inhalt:

- Freihandelsabkommen EU - USA
- Gentechnik
- Plenarsitzungen
  - Jahreswirtschaftsbericht 2014
  - Ausbau Stromnetze
  - Änderungen des Abgeordneten-gesetzes

## Freihandelsabkommen EU - USA

Am Montag nahm ich an einem Gespräch mit dem Chefunterhändler der EU bei den Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP für das Freihandelsabkommen mit den USA, Ignacio Garcia Bercero, teil.

Mit dem Abkommen streben die EU und die USA die größte Freihandelszone der Welt an. Die Verhandlungen, die bereits seit Sommer 2013 laufen, sind immer wieder in die Kritik geraten. Nicht zuletzt durch die NSA-Spionageaffäre waren die Gespräche ins Stocken geraten. Skepsis herrscht auf beiden Seiten.

Bercero versicherte den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses, dass es in keinem Bereich zu Senkungen des europäischen Schutzniveaus kommen werde.

Wir als SPD haben nochmals klar darauf hingewiesen, dass die bestehenden deutschen und europäischen Standards beispielsweise beim Verbraucherschutz sowie in der Arbeits-, Sozial- und Umweltpolitik eingehalten werden müssen. Zudem wurde gefordert, dass die Kommunikation offensiver und transparenter als bisher gestaltet werden muss. Laut Bercero sei in diesem Jahr nicht mehr mit einem Abschluss der Verhandlungen zu rechnen. Vielmehr müsse man sich Zeit lassen, damit am Ende ein gutes Ergebnis erzielt wird.



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

## Gentechnik

Am Dienstag fand im EU-Ministerrat in Brüssel die Abstimmung über die Zulassung der gentechnisch veränderten Maissorte 1507 statt. Obwohl die meisten EU-Staaten gegen eine Zulassung votierten, kam eine erforderliche qualifizierte Mehrheit gegen eine Anbauerlaubnis leider nicht zustande. Deutschland hat sich bei der Abstimmung enthalten, weil es innerhalb der Bundesregierung unterschiedliche Auffassungen gibt.

Die beteiligten SPD-Ressorts Wirtschaft, Umwelt und Justiz sowie das CSU-geführte Landwirtschaftsministerium hatten sich klar gegen eine Zulassung von Gen-Mais ausgesprochen. Die CDU-geführten Ministerien Forschung und Gesundheit sowie allen voran Bundeskanzlerin Merkel waren dafür.

Es ist mehr als bedauerlich, dass sich die Bundesregierung nicht auf ein klares Nein bezüglich einer Zulassung einigen konnte.

Bereits Mitte Januar 2014 hat das Europäische Parlament mit breiter Mehrheit quer durch alle Fraktionen eine Entschließung gegen grüne Gentechnik und die Zulassung des GVO-Mais 1507 verabschiedet.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich immer wieder in Initiativen und Anträgen gegen Zulassung, Anbau und Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen positioniert. Vor wenigen Tagen hat der SPD-Parteitag nochmals die Bundesregierung aufgefordert, bei der Genmais-Entscheidung in Brüssel mit Nein zu stimmen.

Die CDU hat sich damit gegen die Meinung der Bürgerinnen und Bürger gestellt, die mit mehr als 80 Prozent Gentechnik ablehnen.

Es muss nun geprüft werden, ob es nationale oder regionale Ausnahmeregelungen gibt, damit zumindest in Deutschland kein Genmais angebaut wird.

## Plenarsitzungen

### **Jahreswirtschaftsbericht 2014**

Im Mittelpunkt dieser Sitzungswoche stand der Jahreswirtschaftsbericht 2014 der Bundesregierung, den Bundeswirtschaftsminister Gabriel am Donnerstag mit einer Regierungserklärung erläuterte. Hierbei geht es weniger um einen Rückblick auf das vergangene Jahr, sondern vor allem darum, die Entwürfe und Pläne der Wirtschafts- und Industriepolitik der Bundesregierung vorzustellen.

Die Wachstumsaussichten für die deutsche Wirtschaft sind stabil: für dieses Jahr wird mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 Prozent gerechnet. Für 2015 wird ein Plus von 2,0 Prozent erwartet. Die wichtigste Stütze wird der private Konsum sein. Die Zahl der Erwerbstätigen soll 2014 um 240 000 auf den Rekordwert von 42,1 Millionen klettern. 2014 werden die Importe stärker wachsen als die Exporte, womit sich auch der deutsche Leistungsbilanzüberschuss reduziert.

Doch die Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik bleiben zahlreich: Private und öffentliche Investitionen sind in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Die Bundesregierung strebt daher eine höhere Investitionsquote an und wird in eine moderne Infrastruktur investieren. Bei Forschung und Entwicklung liegt Deutschland zwar über dem EU-Durchschnitt, das Potential wird aber zu wenig in Unternehmensgründungen und industriellen Prozessen genutzt. Wichtige Aufgaben in dieser Legislaturperiode sind daher die Revitalisierung der Gründungsdynamik und eine Innovationsstrategie, die Innovationsleistungen auch zu wirtschaftlichen Erfolgen in Industrie und Dienstleistungen werden lässt. Der Bericht thematisiert auch den drohenden Fachkräftemangel. Die Zuwanderung wird hier eine wichtige Rolle spielen. Aber vor allem wird die Integration aller Qualifizierungsreserven die Hauptaufgabe sein. Der Jahreswirtschaftsbericht 2014 trägt ganz eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift.

Es hat gut getan, einen Jahreswirtschaftsbericht zu hören, der auch die sozialen Aspekte wie z.B. den gesetzlichen Mindestlohn erwähnt. Auf Basis der guten wirtschaftlichen Entwicklung können jetzt neue Impulse für Investitionen, Innovationen und Gerechtigkeit erfolgen.

## **Ausbau Stromnetze**

In einer Aktuellen Stunde diskutierten wir im Bundestag das vom bayerischen Ministerpräsidenten geforderte Moratorium für den Ausbau der Stromnetze. Auch unser Wahlkreis ist durch die von TenneT geplante Trasse SuedLink betroffen. Es ist aber für die Energiewende, mit dem Ausstieg aus der Kernenergie bis 2021, unerlässlich, neue Stromnetze zu bauen. Der in Schleswig-Holstein und Niedersachsen auf See erzeugte Windstrom (offshore) muss nach Süddeutschland transportiert werden. Ich werde die Notwendigkeit der Trasse nicht bestreiten, werde mich aber für eine verträgliche Trassenführung, Transparenz und intensive Bürgerbeteiligung einsetzen.

## **Änderungen des Abgeordnetengesetzes**

Am Freitag wurde der Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes in 1. Lesung debattiert. Nach diesem Entwurf soll sich die Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung ab Juli 2016 an der Entwicklung der Nominallöhne orientieren. Als Ausgangsgröße dient die Besoldung eines Richters an einem obersten Gerichtshof des Bundes. Dies entspricht auch einer Entschädigung, wie sie Landräte in Niedersachsen erhalten. Diese Orientierungsgröße ist bereits seit 1995 gesetzlich geregelt. Tatsächlich haben die Abgeordnetenbezüge diesen Betrag nie erreicht, da die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wiederholt auf eine Erhöhung ihrer Diäten verzichtet haben. Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf Absenkungen bei der Altersversorgung für Abgeordnete vor. Zukünftig sollen die Regeln der Rente mit 67 gelten. Eine vorzeitige Altersentschädigung kann dann – wie in der gesetzlichen Rentenversicherung – nur mit Abschlägen und frühestens mit 63 Jahren in Anspruch genommen werden. Der Höchstsatz der Altersversorgung wird von 67,5 auf 65 Prozent abgesenkt. Die Abgeordnetenentschädigung wird immer wieder heftig und emotional diskutiert. Dazu trägt bei, dass über ihre Höhe die Abgeordneten selbst entscheiden müssen. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier endlich einen Systemwechsel vornehmen. Grundlage des Gesetzentwurfs sind die Vorschläge und Empfehlungen einer unabhängigen Expertenkommission.



© Deutscher Bundestag /  
Lichtblick/Achim Melde

## **Anregungen und Hinweise**

Für nähere Informationen zu den oben genannten Themen oder Fragen auch zu anderen Themen stehe ich euch wie immer gerne zur Verfügung.

Euer

**Bernd Westphal, MdB**

[bernd.westphal@bundestag.de](mailto:bernd.westphal@bundestag.de)